

**Protokoll des Pressegesprächs
der Deutschen Bundesbank
zur Neustrukturierung der Bundesbank
am 30. Oktober 2002
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir haben eine neue Leitungsstruktur der Deutschen Bundesbank: der Zentralbankrat, die Vorstände und das Direktorium sind abgelöst. Jetzt gibt es den achtköpfigen Vorstand hier in Frankfurt. Mit dieser veränderten Leitungsstruktur sind auch Erwartungen verbunden. Denn die veränderte Leitungsstruktur war die Voraussetzung dafür, die notwendigen Reformen in der Deutschen Bundesbank umzusetzen. Es bestehen Erwartungen in der Deutschen Bundesbank selbst und seitens der Politik und der Öffentlichkeit.

Bei der Neuorganisation der Deutschen Bundesbank geht es um die Anpassung des organisatorischen Aufbaus an die Rahmenbedingungen, die das Siebente Bundesbankänderungsgesetz geschaffen hat. Wir wollen Doppel- und Parallelarbeiten sowie aufwändige Koordinierungen vermeiden. Wir wollen Qualitätsverbesserungen bei gleichzeitiger Hebung von Effizienzgewinnen erreichen. Und wir wollen natürlich die Kosten der Deutschen Bundesbank langfristig senken. Im Juni hat der Vorstand Rahmenbedingungen für die Zielorganisation der Deutschen Bundesbank beschlossen. Daraufhin wurden die Fachbereiche gebeten, bis Mitte August 2002 ihre Grobkonzepte über alle Ebenen der Bank zu entwickeln. Ich möchte ausdrücklich „über alle Ebenen“ betonen: die Bereiche müssen sich in der Zentrale, den Hauptverwaltungen und den Filialen aufstellen. Die eingereichten Grobkonzepte mussten danach einer gesamtbankweiten Bewertung und Stellungnahme unterzogen werden. Dies geschah in Kooperation und in enger Abstimmung mit den Hauptverwaltungen.

Diese Phase der Entwicklung der Grobkonzeption ist jetzt abgeschlossen. Das Grobkonzept ist vom Vorstand in der vergangenen Woche gebilligt worden. In den darauf folgenden Tagen haben wir alle Teile der Organisation darüber informiert. Das geht soweit, dass heute in einer norddeutschen Tageszeitung bereits über die regionalen

Veränderungen berichtet wurde, weil der dortige Präsident der Hauptverwaltung in einer Personalversammlung schon informiert hatte.

Auf Grundlage der Grobkonzeption wird jetzt das Feinkonzept erarbeitet. Wir gehen davon aus, dass wir dies bis Ende des Jahres 2002 abgeschlossen haben. Möglicherweise wird der Vorstand noch in diesem Jahr die Feinkonzeption verabschieden können. Dies soll aber spätestens in der ersten Sitzung des kommenden Jahres geschehen, so dass wir mit der Umsetzung im Zeitplan bleiben. Ich möchte in diesem Zusammenhang die große Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen der Bank hervorheben, diese Konzeption so schnell vorzulegen und zu erarbeiten.

Worin besteht diese Konzeption?

Grundsatz Tätigkeiten sollen in der Zentrale und ausführende Tätigkeiten, soweit wie möglich, bei den Hauptverwaltungen wahrgenommen werden und das operative Bankgeschäft, der bare und unbare Zahlungsverkehr, die Kontoführung und die Refinanzierung bei den Filialen abgewickelt werden. In diesem Zusammenhang haben wir eine einheitliche Organisation der Hauptverwaltungen beschlossen. An den neun Standorten werden jeweils drei Regionalabteilungen aufgebaut: Innenbetrieb (Betriebsorganisation, Personal, Verwaltung), Bankenaufsicht und bankgeschäftlicher Betrieb. Dieser Aufbau der Hauptverwaltungen in drei Regionalabteilungen führt zu Personalreduzierungen auf der obersten Ebene der Deutschen Bundesbank ebenso wie in den früheren Landeszentralbanken, die nun keinen eigenen Vorstand mehr haben.

Dabei muss man an dieser Stelle auf die Problematik einer einheitlichen Organisation aufmerksam machen. Schwierigkeiten ergeben sich insofern, als dass die neun Hauptverwaltungen für sehr unterschiedliche Gebiete zuständig sind. Dies hat mit der Historie ihrer Entstehung zu tun. Wir haben Hauptverwaltungen mit sehr großen und andere mit sehr kleinen Bereichen, aber der Gesetzgeber hat an neun Hauptverwaltungen festgehalten. Bei mehreren Hauptverwaltungen – und das ist das Kernstück der ganzen Grobkonzeption – werden Servicezentren eingerichtet, in denen ausführende Tätigkeiten für die Gesamtbank in der Regel an einem Standort zusammengeführt werden.

Die Standorte für diese Servicezentren sind vor allem unter Berücksichtigung der vorhandenen personellen und baulichen Ressourcen festgelegt worden. Es wird sicherlich

in der Öffentlichkeit eine Diskussion darüber geben, warum ein Servicezentrum hier und nicht dort aufgebaut wird. Entscheidend waren die sachlichen Anknüpfungspunkte, das Know-How und eben personelle und raumtechnische Gesichtspunkte. Danach haben wir die Entscheidung getroffen.

Die Bereiche Informationstechnologie, Revision und Recht nehmen in diesem Zusammenhang eine Sonderstellung ein. Diese gehören als Stabsbereiche zur Zentrale, unterhalten aber ausgelagerte Fachstellen bei den Hauptverwaltungen. Nimmt man als Beispiel die Revision, so muss nach allgemeinen Regeln die Revision an ein Entscheidungsorgan angebunden sein. In diesem Fall ist das der Vorstand. Wir brauchen natürlich auch Mitarbeiter der Revision in den Hauptverwaltungen. Deshalb würde eine völlige Zentralisierung nicht funktionieren.

Was sind die Auswirkungen dieser Beschlüsse?

Erstens können wir nicht mehr benötigte Räumlichkeiten an einzelnen Standorten abmieten. Wir haben in einer Reihe von Hauptverwaltungsstandorten neben den eigenen Gebäuden einen relativ großen Umfang an gemieteten Räumlichkeiten, die wir in Zukunft nicht mehr benötigen werden. Bei der Standortauswahl der Servicezentren haben wir uns an den Kosten der räumlichen Kapazitäten orientiert.

Zweitens war es eine Vorgabe bei der Erstellung des Grobkonzeptes, dass bis etwa 2005 gegenüber der jetzigen Situation rund 10 % Personal bzw. Stellen bankweit eingespart werden sollen. Beachten Sie dabei immer den feinen Unterschied zwischen Stellen und Personen. Wir haben Personalanpassungsmaßnahmen vorgesehen, die noch abschließend mit dem Personalrat vereinbart werden müssen. Diese beruhen darauf, dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Die vorgesehenen Personalanpassungsmaßnahmen sehen für Arbeitnehmer Vorruhestandsanreize und Abfindungsmaßnahmen vor, für Beamte im Wesentlichen nur die Altersteilzeit. Hier appellieren wir an den Gesetzgeber, auch für Beamte diese Möglichkeiten zu eröffnen, und zu vergleichbaren Regelungen zu kommen. Daneben gibt es personalwirtschaftliche Begleitmaßnahmen, wie etwa eine Koordinierungsstelle in der Zentrale, und Personalreferentinnen und -referenten in allen Personalbereichen als Ansprechpartner. Und natürlich werden wir die Umschulung und Schulung der Mitarbeiter sowie die Weiterbildung in den

Mittelpunkt rücken, um die Möglichkeiten des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bank zu vergrößern.

Wie geht es weiter?

Die angestrebte Umstrukturierung mündet in eine Zielorganisation, die auf dem Grobkonzept aufbaut. Das Grobkonzept wird erweitert. Daraus ergibt sich bis zum Januar 2003 ein Feinkonzept, das sich allerdings nicht auf der Stelle umsetzen lassen wird. Für die Übergangszeit sehen wir rund drei Jahre vor.

Filialkonzept

Wir haben darüber hinaus schon vor längerer Zeit zum Filialkonzept Beschlüsse gefasst. Dies ist eigentlich nichts Neues. Denn nicht erst seit Änderung des Bundesbankgesetzes steht das Filialsystem auf dem Prüfstand. Die Gründe dafür sind die strukturellen Veränderungen im Kreditgewerbe: die Konzentration von Leistungen oder von Tätigkeiten im Kreditgewerbe auf wenige Standorte, die fortschreitende Automatisierung von Bankdienstleistungen, die Änderungen durch die Währungsunion, z. B. bei der Notenbankrefinanzierung und der Sicherheitengestaltung, die veränderten Anforderungen an Sicherungstechniken und natürlich auch der Einsatz hocheffizienter Maschinen und Verfahren im Bargeldbereich. So hatte der Zentralbankrat vor exakt zehn Jahren schon beschlossen, die Zahl der damals rund 210 Zweiganstalten auf 128 Standorte zu reduzieren. Diese Phase ist in diesem Jahr abgeschlossen. Ende des Jahres werden wir noch 118 Zweiganstalten haben.

Die Filialstruktur ist noch zweigliedrig. Wir haben Hauptstellen und Zweigstellen. Die Zweigstellen werden am 1. April 2003 zu Betriebsstellen umgewandelt und es ist dann vorgesehen, sie bis spätestens zum 30. April 2007 zu schließen. Auch hier soll auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden.

Worin bestehen die Auswirkungen?

Das Filialnetz wird grobmaschiger, die Präsenz in der Fläche bleibt allerdings erhalten. So bleibt die Bargeldversorgung der Wirtschaft in gewohnter Weise sichergestellt. Die Erfahrungen aus den neuen Bundesländern, in denen gar nicht erst so viele Zweigstellen

errichtet worden sind, zeigen, dass es damit keine Probleme gibt. Wir haben eine sehr unterschiedliche Dichte von Zweigstellen im Westen und im Osten der Bundesrepublik. Und die Bargeldversorgung funktioniert in beiden Teilen Deutschlands. Ich mache auch darauf aufmerksam, dass in den etwas größeren Vereinigten Staaten die Federal Reserve Bank nur an 37 Stellen Bargeldbearbeitung betreibt. Und ich kann mich nicht daran erinnern, je davon gehört zu haben, dass die Bargeldversorgung der USA darunter leiden würde.

Wir betreiben zurzeit noch Bargeldbearbeitung in 118 Filialen. Mit der angestrebten Reduzierung auf 66 Standorte bis 2007 fallen rund 1000 Stellen weg. Dieser Abbau von Arbeitsplätzen wird durch Personalanpassungsmaßnahmen flankiert. Wenn man das gesamte Filialsystem betrachtet, machen diese 1000 wegfallenden Stellen auch hier rund 10 % aus. Dies führt zu einer deutlichen Senkung der Betriebskosten, die auch mit einem effizienteren Maschineneinsatz verbunden ist. Auch hier ein Vergleich mit den USA: In den USA werden die gleichen Maschinen bei der Geldbearbeitung eingesetzt wie hier, allerdings mit einem Unterschied, dort sind sie 16 Stunden, bei uns sind sie sechs Stunden am Tag im Einsatz. Die öffentliche Diskussion ist davon beherrscht, wo die Produktivitätsunterschiede zwischen Europa und den Vereinigten Staaten herkommen, hier ist ein klassisches Beispiel. Um sie aber länger im Einsatz halten zu können, braucht man natürlich größere Einzugsgebiete für das Bargeld.

Wir haben im Zusammenhang mit dem Barzahlungsverkehr eine Neuausrichtung der Geschäftspolitik beschlossen. Der Hintergrund dafür ist, dass mit der Ausgabe des Euro-Bargeldes die letzte Stufe der Währungsunion vollzogen ist. Damit entfallen die in der Vergangenheit wohl begründeten Unterschiede für die Einbindung der nationalen Zentralbanken in den Bargeldkreislauf weitgehend. Es gibt strukturelle Veränderungen. So hat sich die Kreditwirtschaft großenteils aus den kostenintensiven Dienstleistungen rund um das Bargeld zurückgezogen. Die Hauptkassenfunktion einschließlich der Ver- und Entsorgung mit und von Bargeld wurde weitgehend auf Werttransportunternehmen übertragen. Allerdings wird die arbeitsintensive Bündelungs- und Verdichtungsfunktion, also die Aufbereitung der Kundengelder nur ansatzweise von diesen Werttransportunternehmen wahrgenommen und geht letztlich zu Lasten der Bundesbank und ist bei uns, wenn man das gesamtwirtschaftlich betrachtet, sehr viel teurer abzuwickeln.

Die Grundzüge des Vorstandsbeschlusses sehen vor, dass wir unser Leistungsangebot auf eine einheitliche Standardleistung im Euroraum konzentrieren. Zusatzleistungen werden nach dem Vollkostenprinzip bepreist. Mit unseren Kunden – in allererster Linie mit den Banken und den Werttransportunternehmen – werden wir über die Weiterführung dieser Zusatzleistung reden. Erst danach entscheiden wir, inwieweit wir sie aufrecht erhalten. An der Banknotenbearbeitung wird sich die Bank auch in Zukunft beteiligen und den Qualitätsstandard sichern. Hier geht es insbesondere um die Reinhaltung des Bargeldumlaufes, die Aussortierung von Fälschungen und nicht mehr gebrauchsfähigen Banknoten. Die Aufstellung von Auszahlungsautomaten hat zu erheblichen und notwendigen Qualitätssteigerungen beigetragen. Im Münzgeldbereich beabsichtigen wir, uns auf die Ausgabe prägefrischer Münzen, den Spitzenausgleich, die Falschgeldbearbeitung sowie die Ersatzleistung für beschädigte Münzen, die Abführung nicht mehr umlauffähiger Münzen und das Ziehen einer qualitätssichernden Stichprobe zu beschränken. Wir wollen die Maschinenausstattung der Bargeldbearbeitungsmaschinen und die Betriebszeiten bei gleichzeitiger Gewährleistung der Bargeldversorgung optimieren.

Für die Umsetzung dieser Eckpunkte der geschäftspolitischen Entscheidung im Bargeldbereich haben wir uns einen Zeitraum von zehn Jahren gesteckt. Das ist auch der Grund dafür, dass wir Ihnen keine Antworten darauf geben können, wie viel Personal wir möglicherweise mit dieser Entscheidung einsparen. Einen Zeitraum von zehn Jahren können wir im Augenblick nicht überblicken. Die Konsequenzen sind auch hier, dass wir uns auf die gleiche Ebene in der Bargeldbearbeitung stellen, wie das im Euroraum üblich ist. Damit schaffen wir ein Level-playing-field für die Bargeldakteure, die ja auch grenzüberschreitend die Leistungen der Notenbanken wahrnehmen können. Wir stärken das Subsidiaritätsprinzip, indem wir uns auf die Großhändlerfunktion konzentrieren und die anderen Funktionen den Marktteilnehmern überlassen. Wir steigern damit die Wirtschaftlichkeit.

Meine Damen und Herren, damit haben Sie einen Überblick. Das waren die drei Bereiche, die wir Ihnen heute vorstellen wollen. In der nahen Zukunft werden wir auch in anderen geschäftspolitischen Feldern Entscheidungen treffen müssen, aber ich habe den Eindruck, dass wir seit dem 1. Mai neben den Beschlüssen, die wir schon früher gefasst haben, ein ganzes Stück Wegstrecke zurückgelegt haben. Es geht darum, die Bundesbank an die veränderten Realitäten anzupassen.

Die Voraussetzung für diese Anpassung war nach meiner Überzeugung die Strukturreform, die überfällig war. Dass die Strukturreform so spät kam, hat in Teilen zu Entwicklungen geführt, die wir jetzt korrigieren müssen. Dies gilt insbesondere im personellen Bereich, aber auch für die Bautätigkeiten. Ich möchte eines ausdrücklich hervorheben: wir können nicht auf dem Rücken der Beschäftigten austragen, dass diese Strukturreform möglicherweise später gekommen ist, als sie notwendig gewesen wäre. Deshalb stellt bei der Umsetzung all dieser Reformen die sozialverträgliche Personalanpassung den limitierenden Faktor dar. Wenn wir also über Zeiträume – ich habe von drei, von fünf, von zehn Jahren gesprochen – sprechen, dann hängt das immer davon ab, inwieweit wir in diesen Zeiträumen sozialverträgliche Personalanpassung erreichen können.

Frage:

Herr Welteke, Sie haben am Anfang auf den Unterschied zwischen Stellen und Personen hingewiesen. Ich gehe mal davon aus, dass es immer mehr Personen als Stellen gibt.

Bundesbankpräsident Welteke:

Das korrespondiert mit meinem letzten Satz. Wenn wir unsere Beschlüsse quantifizieren, führt das zu einem Abbau von 10 % der Stellen. Ob das identisch ist mit einem Abbau der Köpfe hängt davon ab, ob die Personalanpassungsmaßnahmen uns das erreichen lassen. Zusätzlich haben Sie natürlich recht, man muss überall die Teilzeitbeschäftigten mit einbeziehen und deshalb ist eine exakte Quantifizierung immer recht schwierig.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Wir hatten Anfang diesen Jahres rund 16280 Mitarbeiter. Das kann man betriebswirtschaftsrechtlich umrechnen in Vollarbeitskräfte. Demnach hatten wir 14800 Vollarbeitskräfte.

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir hatten in der Spitze nach der Wiedervereinigung 210 Haupt- und Zweigstellen, Ende dieses Jahres noch 118 und wollen Ende 2007 noch 66 Filialen haben.

Frage:

Könnten Sie vielleicht ein wenig konkreter auf die Betriebskosten eingehen? Werden es genau 66 Filialen sein?

Bundesbankpräsident Welteke:

Ich will mich jetzt nicht auf eine genaue Zahl festlegen. Das hängt sehr stark auch von unseren Kunden ab wie den Werttransportunternehmen. Das ist heute nicht definitiv zu beantworten.

Wir haben ungefähr eine Milliarde Euro Personalkosten in der Bank. Wenn wir sagen, wir wollen mittelfristig 10 % einsparen, dann sind das rund 100 Millionen Euro. Das ist eine Orientierungsgröße. Darüber hinaus werden auch Sachkosten durch Entmietungen und Verkäufe freierwerdender Gebäude, eine erhebliche Einsparung erbringen.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Eine Vollarbeitskraft kostet im Durchschnitt in der Bundesbank etwa 50000 Euro. Dazu kommen durchschnittliche Sachkosten, insgesamt rund 80000 Euro pro Mitarbeiter.

Ich kann nur noch einmal das unterstreichen, was Herr Welteke im Vorfeld gesagt hat. Wir haben jetzt eine Grobkonzeption und man wird im Einzelnen sehen, wie sich das im Laufe der Jahre entwickelt.

Frage:

Herr Dr. Fabritius, Sie haben gestern bereits darauf hingewiesen, dass bis Ende März schon 19 Filialen geschlossen werden sollen. Wo soll das geschehen und wie viele Mitarbeiter betrifft das?

Bundesbankpräsident Welteke:

Die sind in der Pressemeldung aufgelistet. Wir müssen bei der Filialschließung immer den Personalrat beteiligen. Über die 19 hinausgehenden Filialschließungen haben wir einen relativ langen Übergangszeitraum, wodurch wir das auch sozialverträglich gestalten können.

Frage:

Steht denn schon fest, welche Hauptverwaltungen welche Servicezentren bekommen werden? Gibt es auch Abteilungen im Haus, die ausgebaut werden, vielleicht Bankenaufsicht oder wird das gleichmäßig auf die Zentrale und die Hauptverwaltungen verteilt?

Bundesbankpräsident Welteke:

Im bankenaufsichtlichen Bereich werden wir insgesamt mehr Personal benötigen, aber inwieweit in der Zentrale und inwieweit in den Hauptverwaltungen, das ist noch nicht bis ins Letzte durchgerechnet. Wir haben den Servicezentren Standorte zugeordnet. So soll es in Berlin drei Servicezentren im Bereich Personal geben. In Düsseldorf werden Organisationsuntersuchungen zu Hauptverwaltungen, Filialen und Servicezentren, Zahlungsverkehr, Projekte unbarer Zahlungsverkehr und außenwirtschaftliche Prüfungen, sowie Meldefragen angesiedelt. In Frankfurt Zentrale Wertpapierabwicklung und Depot und schließlich für den Bereich Verwaltung und Bau, das Servicezentrum Beschaffungen. In Hamburg werden die Informationsaufbereitung für die Kostenrechnung und Leistungsrechnung und die Buchhaltung des Verwaltungsbereiches angesiedelt. In Hannover haben wir Außenwirtschaftsprüfung, sowie für den Bereich Statistik Meldefragen, Auskünfte, Hotline. Dann ist noch offen, ob wir in Hannover ein Servicezentrum für größere Bauprojekte einrichten. Das ist ja im Vorfeld unserer Strukturreform ein Beispiel für Überkapazitäten gewesen. Wir haben zehn Bauabteilungen in der Deutschen Bundesbank und beschäftigen dort viel zu viel Personal in Anbetracht der notwendigerweise zurückgegangenen Bautätigkeit. Ob es wirklich zweckmäßig ist, ein Servicezentrum Bau zu errichten, wenn wir nicht mehr bauen wollen, muss noch einer vertieften Prüfung unterzogen werden. Es könnte sonst dazu führen, dass in einem solchen Servicezentrum neue Baunotwendigkeiten kreiert werden, was wir vermeiden wollen. In Mainz konzentriert sich Bargeld, Logistik, Antragsbearbeitung, Außenwirtschaftsprüfung und Außenwirtschaftsmeldung. In München Automatisierung der Geldbearbeitung, Embargomaßnahmen und Außenwirtschaftsprüfung und in Stuttgart Kaufmännische Wohnungsverwaltung.

Es ist schwierig, bei neun Hauptverwaltungen Aufgabenbereiche gleichgewichtig zu verteilen. Wenn man allein nach sachlichen Kriterien wie Personal, Bau und Know-how vorgeht, wird es Hauptverwaltungen geben, die möglicherweise weniger Stellen verlieren und andere, die mehr Stellen verlieren. Wir haben uns Mühe gegeben, das möglichst zu vermeiden. Die Standorte der Servicezentren so auszuwählen, dass man sagt, jeder bekommt ein bisschen was, wäre der Sache sicherlich nicht dienlich gewesen.

Frage:

Ab wann erwarten Sie denn Einsparungen?

Dr. Reckers, Mitglied des Vorstandes:

Herr Welteke hat gesagt, 10 % ist die Planungsvorgabe für die Stellen. Die Einsparungen entstehen bei den Personalkosten und dann auch bei den Sachkosten. Wir werden das schrittweise erreichen. Ein Zieldatum kann man noch nicht nennen.

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir haben im Augenblick eine Übergangsphase. Im vergangenen Jahr haben wir eine Großzahl von Zeitarbeitskräften zur Bewältigung der Bargeldumstellung eingestellt. In zwei Jahren wird man messen können, ob wir Personal- und Sachkosten einsparen. Wenn wir den Bargeldberg abgearbeitet haben, haben wir wieder eine Normalsituation, was dieses Jahr noch nicht der Fall ist.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Wir werden die Zielorganisation spätestens innerhalb von drei Jahren in den einzelnen Geschäftsbereichen umsetzen. Das bedeutet aber noch nicht, dass wir insgesamt zu der Personalausstattung kommen, die zu dieser Zielorganisation passt. Das hängt ganz wesentlich davon ab, wie die Angebote für die Personalbegleitmaßnahmen, Vorruhestand, Abfindung und so weiter wirklich angenommen werden. Das können sie schwer prognostizieren und darüber hinaus gibt es auch noch den anderen Teil der Mitarbeiter, die Beamten, die fast 50 % des Personals ausmachen. Dort besteht bisher nicht die Möglichkeit, Angebote wie Vorruhestand zu machen. Da wird es davon abhängen, ob der Gesetzgeber uns ein weiteres Instrument in die Hand gibt. Möglicherweise wird man dann über die drei Jahre hinaus mehr Mitarbeitern in dem einen oder anderen Geschäftsbereich haben, als eigentlich in der Zielorganisation vorgesehen, weil wir keine betriebsbedingten Kündigungen vornehmen werden.

Frage:

Herr Welteke, Sie hatten vorhin davon gesprochen, Räume abzumieten. Mich würde jetzt interessieren, inwieweit wird denn hier in der Zentrale Platz frei?

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir haben hier noch hinter dem Quergebäude Provisorien, die noch bis 2005 eine Baugenehmigung haben. Wenn diese Baugenehmigung sich nicht verlängern lässt, haben wir keinen Platz für die Mitarbeiter in diesen Gebäuden, da müssen wir noch sehen, wie wir das Problem dann lösen. Ich möchte aber jede größere Baumaßnahme nach

Möglichkeit zu verhindern. Gerade meine Erfahrungen mit den Baumaßnahmen der Deutschen Bundesbank in den vergangenen Jahren waren ein Anlass für mich, auf eine Reform der Bundesbankstruktur zu drängen und dafür zu kämpfen.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Herr Welteke hat eben die Zahl 10 % genannt. Nun muss man sehen, dass auch in der Zentrale eine Reduktion erfolgen wird. Die wird vermutlich nach dem bisherigen Konzept geringer sein, also etwas unter 10 %. Bei den Hauptverwaltungen wird es kopfzahlmäßig etwas darüber liegen. Das Konzept beinhaltet, dass die Grundsatztätigkeiten alle mehr oder weniger in der Zentrale stattfinden, d. h. wir werden also auch einige Grundsatztätigkeiten aus den Hauptverwaltungen hier heranziehen. Auf der anderen Seite werden ausführende Tätigkeiten in den Hauptverwaltungen angesiedelt und gebündelt. Das sind dann die Servicezentren, in denen dann vielleicht 600 Mitarbeiter insgesamt tätig sind. Das Konzept sieht nicht vor, dass ein ganzer Geschäftsbereich ausgelagert wird, sondern Teilbereiche, abgeschlossene Arbeitseinheiten aus einzelnen Geschäftsbereichen.

Frage:

Herr Welteke, es wurden zwei Institutionen geschaffen, die in den Arbeitsbereich der Bundesbank eingedrungen sind oder berührt haben, einmal die BAFin, die Bankenaufsicht und einmal die Finanzagentur. Wie hat das Ihre Beschäftigten oder Ihre Situation pro Kopf berührt? Sind da Abwanderungen, sind da Leute zur BAFin gegangen? Gab es da Bewegungen?

Bundesbankpräsident Welteke:

Es sind einige wenige Mitarbeiter zur BAFin gewechselt, das hatte kaum Einfluss auf die Mitarbeiterzahl. Bei der Bankenaufsicht sind wir ja gerade dabei mit der BAFin zu klären, wo das in Zukunft für die Bankenaufsicht zusätzlich benötigte Personal in der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt wird. Grob gerechnet zwei Drittel bei uns und ein Drittel bei der BAFin, weil wir die Prüfungen vor Ort durchführen werden. Die Mitarbeiter werden aber nicht hier, sondern in den Hauptverwaltungen ihren Arbeitsplatz finden, in den Regionalbereichen der Bankenaufsicht. Aus der zunehmenden Verantwortlichkeit für Finanzstabilität insgesamt werden wir in den Grundsatzbereichen - und das ist nicht nur Bankenaufsicht, sondern auch Zahlungsverkehr und im internationalen Bereich - wohl möglicherweise in geringfügigen Umfang Personal hier in der Zentrale aufstocken müssen.

Insgesamt hat die organisatorische Veränderung der Bankenaufsicht kaum Auswirkungen gehabt, aber die inhaltliche Veränderung der Bankenaufsicht wird bei uns zu einer Personalaufstockung führen müssen.

Frage:

Und die Finanzagentur, haben Sie da irgendwelche Zahlen?

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Wir haben in dem Bereich nur wenige Mitarbeiter gehabt, im Dispositionsbereich, im Beratungsbereich, was kaum zu Buche schlägt. Auf der anderen Seite, was die ausführenden Tätigkeiten im Schulden-Management und Emissionsbereich mit dem Bund angeht, hat sich eigentlich nichts verändert, da die Abwicklung weiterhin über die Deutsche Bundesbank läuft.

Frage:

Die Zeit hat vorab berichtet, dass in fünf Jahren 1800 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen...?

Bundesbankpräsident Welteke:

Prinzipiell würde ich mich darüber nicht streiten. Vorhin ist gesagt worden, wir haben 16000, 10 % Abbau sind 1600. Ob es nun 1800 sind, kann Dr. Fabritius klarstellen.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Wir haben eben deutlich gemacht, welche Zahl an Filialen wir in fünf Jahren schließen wollen. In diesen Filialen sind derzeit 1800 Mitarbeiter tätig. Wir gehen davon aus, dass von diesen etwa 800 in anderen Filialen tätig werden. Für die übrigen 1000 werden wir eine sozialverträgliche Regelung finden.

Frage:

Da die Bargeldversorgung so angesprochen wurde, können Sie uns vielleicht noch mal etwas zum Bargeldumtausch, zur DM-Rückführung etc. etwas sagen. Gab es da in der letzten Zeit irgendwelche interessanten Entwicklungen, kuriose Phänomene, über die es sich zu berichten lohnt?

Bundesbankpräsident Welteke:

Mir ist dazu aus den letzten Monaten nichts weiter bekannt. Es bleibt dabei, dass ein Teil des DM-Bargeldes aus den verschiedensten Gründen nicht zur Bank zurückfindet. Es ist entweder verlorengegangen oder wird als Andenken behalten. Bei Münzgeld ist der Betrag etwas höher. An sich ist der Prozess sehr reibungslos vonstatten gegangen und es gab auch keine Auffälligkeiten. Es gibt inzwischen eine gewisse Zunahme und eine Qualitätsverbesserung bei Eurofalschgeld, aber wenn man die angefallene Euro-Falschgeld-Menge mit Fälschungen der früheren nationalen Währungen vergleicht, dann handelt es sich um einen zu vernachlässigenden Betrag. Wir müssen das natürlich sorgfältig beobachten.

Frage:

Gab es in den früheren Euroländern spezielle Währungen, die überproportional aufgefallen sind?

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir haben jetzt eine gefälschte 50-Euro Note, die von der Qualität her etwas besser als die anderen ist. Dennoch handelt es sich von der Anzahl her um einen Betrag, der sich mit den früheren Fälschungen von DM-Noten nicht vergleichen lässt.

Frage:

Wie groß sind denn die Wanderbewegungen im Hause, von Filialen zu Hauptverwaltungen etc.?

Bundesbankpräsident Welteke:

Das lässt sich noch nicht beantworten, weil der Aufbau dieser Servicezentren sukzessive erfolgt. Die Stellen für die Servicezentren werden in den nächsten drei Jahren bankintern ausgeschrieben. Dort, wo sie angesiedelt werden, wird vielleicht in anderen Tätigkeitsbereichen Personal abgebaut, das möglicherweise dann in den Servicezentren eingesetzt werden kann. Wir haben da nur Schätzungen, die zu verbreiten nicht sinnvoll sind. Wir wissen es noch nicht.

Frage:

Beamte ziehen ja nicht gerne um.

Bundesbankpräsident Welteke:

Angestellte ziehen auch nicht gerne um. Wir wollen das so sozialverträglich wie nur eben möglich gestalten, aber da schon Zahlen zu nennen, ist nicht möglich. Erst einmal müssen wir die Personalanpassungsmaßnahmen abgeschlossen haben. Dann müssen wir sehen, wie viele davon Gebrauch machen wollen. Außerdem können wir nicht jedem, der die Personalanpassungsmaßnahmen nutzen will, dies erlauben, sondern wir können auch sagen „Sie können wir leider nicht in den Vorruhestand schicken, weil wir sie in der Bank benötigen“.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Eines wissen wir natürlich, dass an keinem Standort ein Wachstum da ist. Diejenigen Mitarbeiter, die in einer Tätigkeit oder Funktion nicht dort verbleiben können, sollten möglichst in eine andere Funktion am Standort kommen, um die regionale Wanderung von Standort zu Standort so gering wie möglich zu halten. Man wird sehen, inwieweit das gelingt. Das hängt nicht nur davon ab, ob jemand einen Beamtenstatus hat.

Frage:

Noch eine Frage zur Bargeldbearbeitung. Können Sie noch einmal den aktuellen Stand nennen, wie viel Beschäftigte momentan in der Bargeldbearbeitung tätig sind? Und was bedeutet es, wenn man die Bundesbank praktisch in 10 Jahren auf die notwendigsten Funktionen beschränkt, was bedeutet das personell?

Dann habe ich noch zwei Fragen an Herrn Dr. Reckers. Sie waren ja in Berlin und haben die Chancen ausgelotet, wie es zu einer Regelung für die Beamten kommen kann, vergleichbar mit den Angestellten. Herr Dr. Reckers ist ja als Dezentralist in den Vorstand eingezogen, wie sehen Sie das?

Dr. Reckers, Mitglied des Vorstandes:

Wir haben unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen. Für Angestellte und Arbeiter im Tarifbereich haben wir selber die Tarifhoheit, während im Beamtenbereich gesetzliche Regelungen notwendig sind. Wir haben die Gespräche aufgenommen, aber es gibt bisher noch keine Ergebnisse. Das hängt letztlich von der Entscheidung des Gesetzgebers ab.

Zum zweiten Punkt: Der Gesetzgeber hat diese Struktur der Bundesbank nach der kontroversen Diskussion entschieden und wir haben dieses Konzept im Vorstand einvernehmlich verabschiedet.

Bundesbankpräsident Welteke:

Zu Ihrer Frage, Arbeitskräfte im Bargeldbereich. Rund ein Drittel unserer Mitarbeiter ist im Bargeldbereich tätig. Ein Drittel sind etwas weniger als 4500 bis 5000 Arbeitskräfte. Wenn wir in den nächsten Jahren die bisherigen Zweigstellen in Betriebsstätten umwandeln und geschlossen haben, dann haben wir rund 1000 weniger, das heißt noch 4000 Mitarbeiter im Bargeldbereich. Wenn wir dann die geschäftspolitische Strategie umsetzen, hängt es stark von verschiedenen Faktoren ab. Wie bepreisen wir die einzelnen Leistungen, was hat das für Auswirkungen auf die Werttransportunternehmen, welche Leistungen würden die dann möglicherweise übernehmen, welche Leistungen verbleiben bei uns. Da bin ich wieder bei dem zeitlichen Rahmen für die Umsetzung dieser geschäftspolitischen Strategie. Ich würde zehn Jahre vorgeben, darüber hinauszugehen und zu quantifizieren, ist meiner Meinung nach nicht möglich.

Frage:

Herr Dr. Reckers, Sie haben vor kurzem gesagt, Sie erwarten deutlich mehr als 10 Prozent. Ab welchem Zeitraum?

Dr. Reckers, Mitglied des Vorstandes:

Ich habe gesagt, mehr als 10 %. Herr Welteke hat dargestellt, dass es eine Frage der Zeitachse ist. Wir haben die Planungsvorgabe, Abbau von 10 % der Stellen, aber wenn man alle Veränderungen über eine lange Zeitachse einbezieht, dann können das auch mehr als 10 % werden.

Bundesbankpräsident Welteke:

Es gab widersprüchliche öffentliche Äußerungen zu einem erforderlichen Personalabbau. Es gab Länderfinanzminister, die gesagt haben, auch ohne Bundesbankstrukturreform kann die Bundesbank 5000 Köpfe - und davon die Mehrheit in der Dienststelle des damaligen Direktoriums – einsparen. Wenn wir 10 % in der mittleren Frist reduzieren möchten und uns jetzt zum Teil in öffentlichen Stellungnahmen entgegengehalten wird, wir würden Arbeitsplätze in der Region abbauen und damit Strukturprobleme hervorrufen,

dann muss man rückfragen, wie hätte denn ein Drittel abgebaut werden sollen, ohne in der Fläche abzubauen. Ich greife hier einer Diskussion vor, von der ich glaube, dass sie in den nächsten Wochen kommen wird.

Frage:

Wenn jetzt die Bundesbank in den nächsten zehn Jahren Personal abbaut, wird dann überhaupt noch in dieser Zeit neu eingestellt? Und wie wirkt sich das Ganze dann auf die Altersstruktur aus?

Bundesbankpräsident Welteke:

Erstens beteiligen wir uns weiter an der Ausbildung. Zweitens brauchen wir in Teilbereichen, wie vorhin erwähnt, z.B. in der Bankenaufsicht qualifiziertes Personal, das wir vermutlich nicht voll aus dem eigenen Bestand rekrutieren können, selbst bei Umschulung und Weiterbildung nicht. Wir werden auch in begrenztem Umfang von außen Personal einstellen müssen.

Frage:

Diese Neustrukturierung der Bundesbank als Ganzes - haben Sie da eine Kerngröße, was das Ganze wirklich kostet?

Bundesbankpräsident Welteke:

Da kann man im Augenblick nur spekulieren. Man müsste quantifizieren, was kosten die Personaleinsparungsmaßnahmen, was ersparen sie uns an Ausgaben, da habe ich im Augenblick keine Übersicht.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Sie können davon ausgehen, dass wir das geprüft haben und dass die Neustrukturierungskosten sehr kurzfristig durch Erträge oder Einsparungen gedeckt werden. Aber erwarten Sie jetzt nicht, das auf die Gewinne der Bundesbank zu projizieren, die ja für sich selbst schwer zu prognostizieren sind.

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir haben im vergangenen Jahr 11 Milliarden Euro Gewinn abgeführt. Ich habe gesagt, dass wir auf mittlere Sicht 100 Mio. Euro einsparen. Mancher Politiker, oder mancher Außenstehende, mit dem ich über die Bundesbankstrukturreform diskutiert habe, hat

gesagt, bei 11 Milliarden Gewinn spart man 100 Mio. Personalkosten ein: Warum macht man die ganze Anstrengung, das steht doch in keinem Verhältnis. Allerdings war auch der 11 Milliarden Gewinn eine Ausnahme.

Frage:

Wie viele Mitarbeiter sind im Moment noch mit der Geldpolitik beschäftigt von den 16000 und wie viele sind das nach der Reform?

Bundesbankpräsident Welteke:

Das ist natürlich außerordentlich schwer abzugrenzen, weil sich Mitarbeiter in vielen Bereichen mit geldpolitischen Fragen beschäftigen. Wenn Sie allein die ganzen Bankenstatistiken dazurechnen, dann sind das natürlich noch einige Hundert. Wenn Sie den engeren Kreis der Volkswirte dazurechnen, die sich mit geldpolitischen Fragen beschäftigen, dann ist das eine zweistellige Zahl. Das kann man so nicht beantworten. In der Bankleitung, Volkswirtschaft, Statistik arbeiten 656 Mitarbeiter. Aber abzugrenzen, wer für geldpolitische Entscheidungen zuständig ist, ist schwer.

Frage:

Das wird aber in der Größenordnung bleiben?

Bundesbankpräsident Welteke:

Da gibt es in den Grobkonzepten keine Diskussion.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstandes:

Eine andere Frage wäre, wie viele Mitarbeiter in den geldpolitischen Operationen einschließlich der Geldwäscheüberwachung tätig sind. Dann haben Sie eine etwas andere Abgrenzung, die natürlich auch wesentlich größer ist. Insgesamt wird eine deutliche Minderung des Personals erfolgen. Das ist mit den Schließungen der Zweiganstalten verbunden, die derzeit noch im geringen Umfang in die Refinanzierung und in andere Geschäfte eingeschaltet sind.